

Christoph Kopke | Wolfgang Kühnel [Hrsg.]

Demokratie, Freiheit und Sicherheit

Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke



Nomos

edition
sigma



HWR Berlin Forschung

herausgegeben von

Prof. Dr. Christoph Dörrenbächer
Prof. Dr. Marianne Egger de Campo
Prof. Dr. Wolfgang Kühnel
Prof. Dr. Friederike Maier
Prof. Dr. Olaf Resch

Band 63

Die Reihe HWR Berlin Forschung schließt an die Reihe fhw forschung der vormaligen Fachhochschule für Wirtschaft Berlin an, aus der die Hochschule für Wirtschaft und Recht Berlin 2009 hervorgegangen ist.

Christoph Kopke | Wolfgang Kühnel [Hrsg.]

Demokratie, Freiheit und Sicherheit

Festschrift zum 65. Geburtstag von Hans-Gerd Jaschke



Nomos

edition
sigma



Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <http://dnb.d-nb.de> abrufbar.

ISBN 978-3-8487-4368-1 (Print)

ISBN 978-3-8452-8624-2 (ePDF)

edition sigma in der Nomos Verlagsgesellschaft

1. Auflage 2017

© Nomos Verlagsgesellschaft, Baden-Baden 2017. Gedruckt in Deutschland. Alle Rechte, auch die des Nachdrucks von Auszügen, der fotomechanischen Wiedergabe und der Übersetzung, vorbehalten. Gedruckt auf alterungsbeständigem Papier.



Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel

Demokratie, Freiheit und Sicherheit. Hans-Gerd Jaschke zum 65. Geburtstag

Demokratie, Freiheit und Sicherheit – diese Begriffe markieren das Forschungsfeld des Politikwissenschaftlers Hans-Gerd Jaschke ganz gut. Schon vor seiner 1982 erschienenen Dissertationsschrift über *Soziale Basis und soziale Funktion des Nationalsozialismus* hatte er sich früh dem Thema Rechtsextremismus zugewandt, einem Gegenstand, über den er bis heute forscht und zu dessen intimsten Kennern er ohne jeden Zweifel gerechnet werden muss. Sein mit Peter Dudek 1984 gemeinsam veröffentlichtes Werk *Entstehung und Entwicklung des Rechtsextremismus in der Bundesrepublik. Zur Tradition einer besonderen politischen Kultur* ist als Standardwerk bis heute unerreicht. Später kamen andere Themen hinzu: Nach seiner Habilitation über *Innere Sicherheit und streitbare Demokratie* (erschienen 1991) und im Zuge seiner Berufungen an die Fachhochschule für Verwaltung und Rechtspflege Berlin bzw. (als Nachfolgeinstitution) Hochschule für Wirtschaft und Recht, an der Jaschke von 1996 bis 2002 und wieder seit 2007 lehrt, und an die Polizei-Führungsakademie (bzw. seit 2006 Deutsche Hochschule der Polizei) in Münster, an der Jaschke von 2002 bis 2007 wirkte, kamen vermehrt Arbeiten über Innere Sicherheit, Polizeigeschichte und Polizeiwissenschaft hinzu.

Diese Festschrift gliedert sich in drei Abschnitte.

Im Zentrum des ersten Abschnitts *Moderne Gesellschaften und öffentliche Sicherheit* stehen Beiträge, die sich einerseits mit den Herausforderungen von Krisen und Unsicherheiten in moderne Gesellschaften befassen und andererseits die Bedeutung von Netzwerken und Hilfeverhalten im Katastrophenfall thematisieren wie auch bürgerorientierte Ansätze in der Kriminalprävention herausarbeiten. *Andreas Vasilache* diagnostiziert multiple Krisen in Europa als generalisierte Unsicherheitsmaschine und diskutiert Ansätze zur Bändigung der Krisenprozesse. Aus demokratietheoretischer Perspektive diskutiert *Gudrun Hentges* das Phänomen PEGIDA. Dabei verweist die Autorin auf Überlegungen namhafter Vordenker aus dem Umfeld der Konservativen (Carl Schmidt), die von Vertretern der „Neuen Rechten“ aufgegriffen und für die direkte Demokratie instrumentalisiert und gegen die repräsentative Demokratie vorgebracht werden. Die Frage danach, welche Bedeutung nachbarschaftliche Netzwerke im Katastrophenfall haben, ist Gegenstand der Analyse von *Claudius Ohder*. Dazu werden theoretische Ansätze aus der Nachbarschafts- und Netzwerkfor-

schung diskutiert und Befunde empirischer Erhebungen in drei Berliner Quartieren zu Nachbarschaftsvorstellungen und Hilfeerwartungen präsentiert. Ergänzend dazu stellt *Birgitta Sticher* psychologische Ansätze des Hilfeverhaltens im Alltag und des Hilfeverhaltens in Katastrophen vor. Nach Ansicht der Autorin sind die dem „Hilfeverhalten zugrundeliegenden Informationsverarbeitungsprozesse“ (...) „wichtige Ansatzpunkte für die Aktivierung der Selbsthilfepotentiale der Bevölkerung im Katastrophenfall“. Die Diskussion um Sicherheit in der Stadt aufnehmend plädiert *Bernhard Frevel* in seinem Beitrag für einen weiten Sicherheitsbegriff. In seinem Verständnis von Sicherheitsarbeit orientiert sich der Autor am Konzept der Gemeinwesenarbeit. Damit sollen verschiedene Akteure (Verwaltung, Wohnungswirtschaft, Wohlfahrtsverbände, Freizeitvereine, Nachbarschaftsinitiativen usw.) in eine kooperative Quartiers- und Sicherheitsarbeit einbezogen, potentielle Opfer und das Empowerment der Bewohner besser berücksichtigt werden.

Der folgende Abschnitt ist mit *Die politische Rechte, der Rechtsextremismus und die Rechtsextremismusforschung* umschrieben. Den Auftakt macht *Ursula Birsl*, die sich einem eher selten bearbeiteten Aspekt annimmt. Ihr Beitrag nimmt die säkulare und religiöse Rechte in Deutschland in den Blick und fragt nach Ähnlichkeiten und Unterschieden, sowie Verflechtungen zwischen beiden Milieus. Dabei stellt sie auch zahlreiche Berührungspunkte und Kooperationen zwischen extrem rechten und konservativen Gruppen heraus. In seinem Beitrag „Rechtsextremismus als politische Praxis“ widmet sich *Gideon Botsch* den, wie er es nennt, „Umrissen akteursorientierter Rechtsextremismusforschung“. Botsch plädiert für einen Forschungsansatz, der nicht von theoretischen Vorannahmen ausgeht, sondern die extreme Rechte als handelnden Akteur zum Ausgangspunkt entsprechender Forschungen macht. Der Potsdamer Politikwissenschaftler plädiert in diesem Zusammenhang für einen hermeneutischen, sinnverstehenden Zugang einer Rechtsextremismusforschung, die er disziplinar wieder stärker in der Politikwissenschaft verankert sehen will.

Nach den Enthüllungen über die Mordtaten des sog. Nationalsozialistischen Untergrund (NSU) wunderten sich manche Beobachter über die mörderische Potenz des heutigen Rechtsextremismus. *Christoph Kopke* erinnert in seiner Skizze, dass Gewalt und Terror von rechts stets die Geschichte der Bundesrepublik Deutschland begleitet haben, auch wenn dies keinesfalls adäquat im historischen Bewusstsein der Gesellschaft verankert ist. *Marc Coester* erläutert das aus dem amerikanischen Hatecrime-Konzept abgeleitete „Konzept der Vorurteilskriminalität“ und dessen Implikationen für die Polizeiarbeit. *Michael Minkenber*g diskutiert die Versuche der „wehrhaften Demokratie“ das Rechtsradikalismusproblem durch repressive Maßnahmen in den Griff zu bekommen. Deren Wirkung hält der Autor nicht nur für nicht zielführend, sondern letztlich sogar für kontraproduktiv. Welche hohe Relevanz den Geschlechterrollen im

gegenwärtigen Rechtsextremismus zukommt, zeigt *Esther Lehnert* in ihrem Beitrag. Zwar haben sich die Rollenangebote für Frauen erheblich „ausdifferenziert und modernisiert“ und Frauen sind auf unterschiedlichster Art in der Szene präsent. Gleichwohl bleibt der Rechtsextremismus „besonders attraktiv für Männer“. Antifeminismus und der Kampf gegen „Gender“ haben sich in den vergangenen Jahren zu einem gemeinsamen Kampagnenthema rechtsextremer und rechtspopulistischer Formationen entwickelt. *Fabian Virchow* zeichnet in seinem Beitrag den Umgang der extremen Rechten mit Presse, Fernsehen und Internet im Verlauf der Geschichte der Bundesrepublik nach. Schon vor der „Wiederentdeckung“ des Begriffes der Lügenpresse oszillierte der Umgang mit den Medien zwischen pauschaler Denunziation und den Versuchen, sie für eigene Kampagnen zu nutzen.

Der dritte Abschnitt umfasst Beiträge zu **Polizei in Staat und Gesellschaft**. *Hartmut Aden* analysiert die Polizeizusammenarbeit zwischen den EU-Staaten im Vergleich zur Kooperation anderer Verwaltungen. Sein Beitrag zeigt, dass die Polizeizusammenarbeit ein spezifischer Sonderfall im „europäischen Verwaltungsraum“ bleibt. *Rafael Behr* setzt sich mit Diskriminierungsvorwürfen gegenüber der Polizei auseinander. Er betrachtet Diskriminierung und Rassismus nicht als bloße individuelle Pathologie, sondern als Ausdruck kollektiver Angst vor gefährlicher Fremdheit. Fremdenfeindlichkeit und Rassismus ist ein anhaltendes, allerdings kaum hinreichend erforschtes Thema in der Polizei. *Robert Ch. van Ooyen* nimmt die Aufarbeitung des „NSU-Skandals“ zum Anlass, um das Verhältnis von Polizei und Fremden zu reflektieren. *Wolfgang Kühnel* diskutiert Möglichkeiten und Grenzen für Diversität am Beispiel der Berliner Polizei. Seiner Ansicht nach beschränkt sich das Verständnis einer interkulturellen Öffnung allenfalls auf eine Zuweisung von Funktionen, die den sprachlichen und kulturellen Besonderheiten von Migranten entsprechen. Strukturelle Veränderungen der Organisation, die die besonderen Interessenlagen von Migranten berücksichtigen, werden dagegen nicht umgesetzt. In einer juristischen Fallstudie befasst sich *Clemens Arzt* mit den Grenzen der Modernisierung der gesetzlichen Grundlagen für die Polizei in Indien. Seiner Ansicht nach beruhen die Rechtsgrundlagen für die Polizei immer noch auf einem vorkonstitutionellen Modell. Der Autor plädiert für die Einführung von Grund- und Menschenrechten, wie sie für demokratische Gesellschaften grundlegend sind. Sie sind eine unabdingbare Voraussetzung für die Ausbildung der Polizei und deren Professionalisierung, die Schaffung angemessener Arbeitsbedingungen und schließlich den Anstoß für eine Einstellungsänderung der Polizei. *Martin H.W. Möllers* nimmt ein altes, gleichwohl immer noch aktuelles Thema zum Gegenstand seines Beitrages: Das Verständnis von Theorie und Praxis in der Polizei. Eine Liste der Veröffentlichungen *Hans-Gerd Jaschkes*, zusammengestellt von der Bibliothekarin *Heike Hilbert*, rundet den Band ab.

Abschließend möchten wir uns bei allen bedanken, die zur Realisierung des Bandes beigetragen haben. Ein herzlicher Dank gilt vor allem den Autorinnen und Autoren, die mit ihren Beiträgen die Herausgabe des Buches erst möglich gemacht haben.

Unser Dank geht auch an dem Präsidenten der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Andreas Zaby, dem Vizepräsidenten für Forschung der Hochschule für Wirtschaft und Recht, Harald Gleißner und der Dekanin des Fachbereiches Polizei und Sicherheitsmanagement, Sabrina Schönrock für die großzügige Unterstützung bei der Erstellung des Manuskripts. Eine große Hilfe war uns Sandra Frey von der NOMOS-Verlagsgesellschaft. Nora Karnick und Alexander Lorenz haben alle Texte sorgfältig, mit Interesse und Engagement lektoriert. Dafür sei ihnen gedankt.

Und Zuletzt: Dem Jubilar, unserem verehrten Kollegen Hans-Gerd Jaschke, wünschen wir noch viele Jahre Gesundheit, Schaffenskraft und Lebensfreude.

Berlin, im September 2017

Christoph Kopke/Wolfgang Kühnel

Inhalt

Moderne Gesellschaften und öffentliche Sicherheit

Andreas Vasilache

Die europäische Krise als generalisierte Unsicherheitsmaschine 17

Gudrun Hentges

Schattenseiten der Zivilgesellschaft. Das Phänomen Pegida unter demokratietheoretischen Aspekten und Möglichkeiten der Prävention durch politische Bildung 33

Claudius Ohder

Nachbarschaftliche Hilfenetzwerke im Katastrophenfall 47

Birgitta Sticher

Hilfeverhalten im Alltag und in Katastrophen aus psychologischer Perspektive 63

Bernhard Frevel

Bürgerorientierte Sicherheitsarbeit in verletzlichen Quartieren 85

Die politische Rechte, der Rechtsextremismus und die Rechts-extremismusforschung

Ursula Birsl

Ähnlichkeiten und Unterschiede, Verflechtungen: die säkulare und religiöse Rechte in Deutschland 107

Gideon Botsch

Rechtsextremismus als politische Praxis. Umriss akteursorientierter Rechtsextremismusforschung 131

Christoph Kopke

Gewalt und Terror von rechts in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 147

Marc Coester

Das Konzept der Vorurteilsriminalität und Folgen für die polizeiliche Praxis 167

Michael Minkenberg

Repression gegen Rechtsradikalismus und rechte Gewalt: Strategien und Wirkungen 183

Esther Lehnert

Die Relevanz der Geschlechterrollen im modernen Rechtsextremismus. Gender matters!? 201

Fabian Virchow

Medien als ‚Agenturen der Dekadenz‘ und als Kampfplatz für ›deutsche Interessen‹ 221

Die Polizei in Staat und Gesellschaft

Hartmut Aden

Europäisierung der Polizeiarbeit – ein Sonderfall im europäischen Verwaltungsraum? 241

Rafael Behr

„Racial“ oder „Social“ Profiling in der Polizeiarbeit? Eine organisationskulturelle Perspektive auf Diskriminierungsvorwürfe an die Polizei 255

Robert Chr. van Ooyen

Polizei und Fremde – zu einem (ver)störenden Thema im Spiegel neuerer Literatur 273

<i>Inhalt</i>	13
<i>Wolfgang Kühnel</i>	
Diversity zwischen Anspruch und Realität: Berufsalltag von Beamtinnen und Beamten mit Migrationshintergrund in der Berliner Polizei	283
<i>Clemens Arzt</i>	
Preventive Powers of Police in India: A German Lawyer's Perspective	297
<i>Martin H. W. Möllers</i>	
Der Theorie-Praxis-Streit bei der Polizei. Zur Frage der Notwendigkeit des wissenschaftlichen Arbeitens gerade zum Nutzen der polizeilichen Praxis	325
Liste der Veröffentlichungen von Hans-Gerd Jaschke	343
Autorinnen und Autoren	353

**Moderne
Gesellschaften und
öffentliche Sicherheit**

Andreas Vasilache

Die europäische Krise als generalisierte Unsicherheitsmaschine

Einleitung

Europa ist in schlechter Verfassung. Dies gilt sowohl für die Europäische Union (EU) als auch für viele ihrer Mitgliedsstaaten und -gesellschaften. Auch ohne den alarmistischen Einschlag vom Ende der europäischen Integration lassen die Gleichzeitigkeit und Tragweite zum Beispiel der Staatsschuldenkrise, des geplanten Austritts Großbritanniens, der Handhabung der Flüchtlingsthematik, des Abbaus liberal-demokratischer Strukturen in einzelnen Mitgliedsstaaten und des Krieges in der Ukraine kaum Zweifel daran, dass Europa vor in ihrer Virulenz und ihrem Gewicht bislang nicht gekannten Herausforderungen steht.

Während es sich bei einigen dieser Problemkomplexe in einem unmittelbaren und engen Sinne um sicherheitspolitische Herausforderungen handelt, scheinen zugleich alle gegenwärtigen Problembereiche Europas gewichtige Unsicherheitsimplikationen aufzuweisen, das heißt auch jene, die nicht im sicherheitspolitischen Feld verortet sind und selbst jene, die (bislang) nicht oder nur partiell Gegenstand diskursiver Versicherheitlichung geworden sind. Daher soll in diesem Beitrag der Versuch einer zeitdiagnostischen Einordnung der gegenwärtigen Schwierigkeiten Europas unter dem Gesichtspunkt der (Un-) Sicherheit unternommen werden. Die Überlegungen sind dabei vornehmlich konzeptioneller und systematisierender Art, ohne aber schon einen theoretischen Entwicklungsanspruch verfolgen oder detaillierte Begriffsarbeit leisten zu können. Zugleich sind sie in jenem Sinne policy-bezogen, als die systematische Skizzierung und kategorisierende Vermessung von Problemlagen als ein notwendiger Schritt zu ihrer erfolgreichen Einhegung und Bearbeitung gelten muss.

Die folgenden Darlegungen sind in drei schrittweise aufeinander aufbauenden Abschnitte unterteilt. *Zum ersten* soll eine kurze strukturierende Bestandsaufnahme der aktuellen großen Problemfelder Europas vorgenommen sowie der ihnen gemeinsame Krisencharakter herausgestellt werden. Auf dieser Grundlage soll *zum zweiten* die sicherheitsthematische Relevanz und Virulenz dieser Krisen ausgewiesen werden. Schließlich sollen *zum dritten* einige Hinweise zum möglichen politisch-konzeptionellen Umgang mit den (Un-) Sicherheitsimplikationen der multiplen europäischen Krisen gegeben werden. Zusammengefasst sollen die hier vorgestellten Überlegungen einen Beitrag zum Aus-

weis und zum Verständnis der generalisierten Unsicherheitsproduktion durch die virulenten europäischen Krisenphänomene leisten und damit auch zur ordnenden Strukturierung des „cacophonous crisis talk“ (Nehring/Kerrigan 2016) beitragen.

Aus der breiten Ausrichtung und makroskopischen Perspektive dieses Vorhabens ergeben sich einige notwendige Einschränkungen. So ist zu betonen, dass die thematische Beschränkung auf den Sicherheitsaspekt beziehungsweise auf die Betrachtung der europäischen Krisen aus der Perspektive der Sicherheit keineswegs implizieren soll, dass andere Krisendimensionen weniger relevant wären. Zudem handelt es sich bei den thematisierten Problemlagen um aktuelle Phänomene und laufende Prozesse, so dass hier nur eine Ausschnittsbetrachtung stattfinden kann. Dabei wird sowohl aufgrund des konzeptionellen und kategorialen Interesses als auch aufgrund der Komplexität der europäischen Krisen und ihrer Interdependenzen nicht der Anspruch einer empirischen Detailanalyse erhoben, sondern die Betrachtung auf wesentliche allgemeine Strukturmerkmale der unterschiedlichen Krisen konzentriert.

1. Welche europäischen Krisen?

Es lassen sich meines Erachtens sieben große Problemkomplexe unterscheiden, mit denen die Europäische Union sowie ihre Mitgliedsstaaten und -gesellschaften aktuell konfrontiert sind. Diese Problembereiche sollen nun zunächst aufzählend benannt werden, um dann ihre Auswahl und Konturierung zu erläutern sowie ihren Krisencharakter zu besprechen. Die folgende Reihung ist dabei nicht hierarchisch zu verstehen:

1. Zu nennen ist die *ökonomische Krise*, unter der hier – breit verstanden – sowohl langfristige Rezessionssituationen im europäischen Raum als auch Kapitalmarktkrisen, die offenkundig gewordene strukturell ungleiche Wettbewerbssituation in der EU sowie die damit zusammenhängende Staatsschulden- und Währungskrise des Euro-Raumes gefasst werden.
2. Der geplante *Austritt Großbritanniens* aus der Europäischen Union ist als weiterer, vielschichtiger Problemkomplex anzuführen, und zwar sowohl aufgrund der Erstmaligkeit eines Austritts aus der Gemeinschaft als auch aufgrund des Umstands, dass es sich um ein in jeder Hinsicht gewichtiges Mitglied handelt, das die EU verlassen wird.
3. Mit dem *transnationalen Terrorismus* ist ein weiterer Problembereich zu identifizieren, dessen besondere sicherheitspolitische wie -perzeptive Herausforderung nicht zuletzt aus seiner – weiter unten beschriebenen – qualitativ gesteigerten Privatisierung, gleichsam seiner aktuellen hyperprivaten Form resultiert.

4. Auch die anhaltend konflikthafte Situation und die bereits langfristig wirkenden Zerwürfnisse in den *Beziehungen insbesondere zu Russland sowie zur Türkei* und damit das faktische Scheitern der bisherigen Nachbarschaftspolitik gegenüber diesen gewichtigen Akteuren muss als ernstzunehmende Krise gelten.
5. Als weiterer Problembereich ist die *Flüchtlingspolitik* zu nennen, zu der hier auch die Aspekte der europäischen Grenzpolitik sowie der Einwanderungs- und Asylpolitik gezählt werden. Dass es sich hier um ein Krisenphänomen handelt, ist allerdings – wie später ausgewiesen werden wird – allein dem diskursiven und politischen Umgang mit diesem Gegenstandsbereich geschuldet.
6. Mit dem Sammelbegriff der *normativen Uneinigkeit Europas* ist ein überaus heterogenes Problemfeld umrissen, mit dem hier vornehmlich Erosionen auf der Ebene grundlegender, konstitutiver Normen und Beziehungsmodi gemeint sind. Dieser Problemkomplex umfasst sowohl die Ebene der EU-Institutionen als auch die bi- und multilaterale Ebene zwischen den Staaten. So werden von einigen Mitgliedsstaaten normative Grundprinzipien liberal-demokratischer Staatlichkeit zunehmend offensiv in Zweifel gezogen. Insbesondere sieht sich die Gemeinschaft dem Problem einer zunehmenden Aushöhlung demokratischer, rechtsstaatlicher und freiheitlicher Prinzipien innerhalb von Mitgliedsstaaten gegenübergestellt. Zu nennen sind beispielsweise die repressive Medienpolitik in Ungarn, die Einschränkung der Verfassungsgerichtsbarkeit in Polen oder der ebenso reflexhaft verkündete wie verlängerte, zeitlich andauernde und sachlich expansiv genutzte (vgl. Barroux 2015; Borredon/Pécout 2015; Ligue des droits de l'homme 2016) Ausnahmezustand in Frankreich sowie das Erstarken nationalistischer Rhetoriken und Parteien bis hin zu ihrer drohenden Mehrheitsfähigkeit in einigen EU-Staaten. Zugleich ist im Rahmen dieses Auseinanderdriftens Europas zu beobachten, dass Divergenzen zwischen Mitgliedsstaaten vermehrt unter Aufbringung nationalistischer sowie souveränitätszentrierter Referenzen der Nichteinmischung und der inneren Angelegenheiten behandelt werden, die in ihrer gegenständlichen Kompromisslosigkeit, rhetorischen Schärfe und Unversöhnlichkeit über bisherige (und immer schon hart geführte) Interessens- und Verteilungskonflikte in der EU weit hinausgehen.
7. Unmittelbar mit dem Bereich der normativen Uneinigkeit Europas verbunden und ebenso vielschichtig ist das Problem *gesellschaftlicher Spaltungsdynamiken* entlang von Bruchlinien, in denen sich ökonomische Ungleichheiten teilweise bereits sozio-kulturell verfestigt zu haben scheinen und die innerhalb von nationalen Gesellschaften, zwischen ihnen sowie auch transnational verlaufen. Die Intensivierung ökonomischer Stratifikation und die

Abnahme sozialer Mobilität sind schon für sich genommen problematisch und lassen einen Vertrauensverlust in nationale wie europäische Politik erwarten. Hierüber aber auch in qualitativer Hinsicht hinausgehend lassen sich heute Tendenzen der Abwanderung bestimmter gesellschaftlicher Milieus in eine generalisierte, das heißt auf alle gesellschaftlichen Subsysteme bezogene und diffus artikulierte Systemopposition feststellen, die mit der Etablierung paralleler Diskursstrukturen sowie einer Annahme und Versteigerung von nationalistischen oder extremistischen Ressentimentangeboten einhergehen.¹

Zur systematischen Rechtfertigung dieser Auswahl sowie zur Konturierung der genannten Problemkomplexe sind sechs Punkte anzuführen. So ist *erstens* festzuhalten, dass andere Bestandsaufnahmen möglich wären. Es ließen sich – um nur ein Beispiel zu nennen – die Herausforderungen für den gemeinsamen Währungsraum auch als eigenständiges Krisenphänomen betrachten und von der Wirtschaftskrise Südeuropas abgrenzen. Aufgrund sowohl der engen Verflochtenheit der ökonomischen Problemlagen als auch der hier eingenommenen makroskopischen Perspektive auf Sicherheitsimplikationen für Europa scheint allerdings eine zusammenfassende Kategorisierung der ökonomischen Probleme sinnvoll zu sein.

Zweitens könnten weitere Prozesse und Probleme genannt werden, die die EU sowie ihre Mitgliedsstaaten und -gesellschaften momentan vor Herausforderungen stellen, wie zum Beispiel die Verhandlungen über die Freihandelsabkommen mit Canada und den USA oder auch die laufenden militärischen Auseinandersetzungen mit Beteiligung europäischer Staaten. Die hier vorgenommene thematische Konzentration auf Phänomene mit unmittelbaren, unkalkulierbaren und gegebenenfalls massiven Auswirkungen auf Europa ist daher keinesfalls als abschließende Aufzählung aller momentan wichtigen Themen der europäischen Politik zu verstehen.

Es ist *drittens* hervorzuheben, dass die beiden letztgenannten Problemkomplexe sich von den ersten fünf systematisch dahingehend unterscheiden, als sie nicht nur für sich genommen problematisch sind, sondern zudem als Krisensymptome gelten müssen. Dabei sind sie im Sinne eines *circulus vitiosus* sowohl Konsequenzen der übrigen Problemfelder als auch mitursächlich für ihre weitere Zuspitzung.

Viertens ist mit Blick auf die Einreihung der Flüchtlingsmigration in eine Aufzählung drängender Krise zu betonen, dass sie unter sachlichen Gesichts-

¹ Siehe hierzu die langjährige Forschung Hans-Gerd Jaschkes, der sich mit dem Phänomen des rechten Fundamentalismus und Extremismus sowohl theoretisch und konzeptionell als auch empirisch befasst hat (vgl. z.B. Jaschke 2006; 2011; 2013; 2016).

punkten keineswegs als Herausforderung beispiellosen Umfangs oder gar als Krise gelten kann. Selbst unter Bedingungen mangelnder Aufnahmebereitschaft der meisten EU-Staaten scheinen die wenigen Aufnahmeländer die Herausforderungen der zahlenmäßig recht starken Migration in ihre Gesellschaften mittlerweile zu meistern, so dass selbst für Schweden und Deutschland nicht per se von einer Flüchtlingskrise im Sinne des im Folgenden dargelegten Krisenkonzepts gesprochen werden kann. Erst recht kann daher kein Zweifel daran bestehen, dass – wenn die politische Bereitschaft bestanden hätte – eine Verteilung der seit 2014 nach Europa geflüchteten Menschen auf alle Mitgliedstaaten der EU und damit auf eine Bevölkerung von rund 400 Millionen Personen eine un schwer lösbare Aufgabe gewesen wäre. So ist die sogenannte Flüchtlingskrise hier ausschließlich deshalb zu anzuführen, da sie gleichsam als selbsterfüllende Prophezeiung ähnliche Wirkungen entfaltet wie die übrigen genannten Problemkomplexe und zudem als unsicherheitsperzeptiver Verstärker und Katalysator wirkt.

Es ist *fünftens* festzustellen, dass die sieben genannten Problembereiche die europäischen Mitgliedsstaaten und -gesellschaften zum Teil in unterschiedlicher Intensität und/oder in unterschiedlicher Art betreffen. So sind, lediglich beispielhaft genannt, die Ökonomien des Mittelmeerraumes von der Schulden- und Wirtschaftskrise sowohl intensiver als auch in anderer Weise betroffen als Deutschland, während zugleich Gläubigerökonomien stärker affiziert sind als weniger stark involvierte Volkswirtschaften und Ökonomien des Euro-Raumes wiederum anders betroffen sind als Nicht-Euro-Mitglieder. Auch die Krise der Beziehungen zu Russland betrifft zum Beispiel die baltischen Staaten stärker und in anderer Weise als Portugal, und zwar sowohl hinsichtlich ihrer ökonomischen und sicherheitspolitischen Implikationen als auch hinsichtlich des politisch-kulturellen und historisch-narrativen Resonanzbodens, auf den sie wirkt.

Schließlich sind die genannten Problemkomplexe *sechstens* in unterschiedlicher Intensität aufeinander bezogen beziehungsweise hängen gegenständlich mehr oder weniger stark miteinander zusammen. So besteht beispielsweise ein enger Zusammenhang zwischen einerseits der zu beobachtenden Tendenz zur Konfrontation zwischen EU-Mitgliedsstaaten und andererseits den gesellschaftlichen Spaltungssymptomen sowohl innerhalb europäischer Gesellschaften als auch transnational durch die unterschiedlichen nationalen Räume hindurch. Beide Krisenbereiche hängen wiederum mit dem ökonomischen Problembereich zusammen. Zugleich gibt es Beispiele lediglich unidirektionaler Beziehungen, nur sehr loser Kopplung oder diskursiver, bisweilen auch rein ideologischer Kopplung. So war die ökonomische Krise lange vor der aktuellen Flüchtlingsmigration und damit unabhängig von ihr virulent. Wie der Fall Griechenland zeigt, kann sie allerdings die Bearbeitung neuer Aufgaben wie just der Flüchtlingsmigration in vielerlei Hinsicht – und schon finanziell – erschweren.

Bestenfalls sehr lose gegenständlich beziehungsweise empirisch gekoppelt scheinen nach derzeitigem Kenntnisstand der Problembereich des transnationalen Terrorismus und die Flüchtlingsthematik zu sein. Zwar wurden die Flüchtlingsbewegungen 2015 offenbar auch vereinzelt zur Einschleusung terroristischer Kämpfer genutzt. Aufgrund des sowohl zahlenmäßigen als auch strukturellen Ausnahmecharakters solcher Einzelfälle begründet dies allerdings keinen engen Zusammenhang zwischen den beiden Gegenstandsbereichen Terrorismus und Flucht. Zugleich aber lässt sich beobachten, dass diese zwei Problemfelder diskursiv auf das engste miteinander verwoben sind und viel Potential für ihre thematische Verschmelzung und ideologische Aufladung zu bieten scheinen.

Die sieben genannten Problembereiche als Krisen zu bezeichnen, ist dabei durch ihre besondere Komplexität, das Fehlen einfacher, klar kalkulierbarer Maßnahmen und Lösungen, die „Überforderung [...] auch bei politischen und ökonomischen EntscheidungsträgerInnen“ (Brand 2009, S. 1), die Offenheit ihres Ausgangs sowie die drängende Notwendigkeit ihrer Bearbeitung gerechtfertigt. Von Krisen zu sprechen, ist auch deshalb angemessen, da jeder einzelne Problemkomplex schon für sich genommen in seiner Tragweite und seinen möglichen Konsequenzen weit über die üblichen Herausforderungen im Rahmen von *normal politics* hinausgeht. Als Krisen durchbrechen sie das Kontinuum tagespolitischer Verwaltung und haben Ausnahmecharakter, da in ihnen mehr als üblich, nämlich Grundsätzliches auf dem Spiel steht. In diesen Krisen werden existentielle Güter (wie physische Unversehrtheit durch den Terrorismus) oder zumindest semi-existentielle Güter (wie Alters- oder Krankenversorgungssysteme durch die ökonomische Krise) ungewiss und stehen zur Disposition. So sind die multiplen Krisen Europas² geeignet, gravierende strukturelle und gegebenenfalls desintegrierende Wirkungen zu entfalten beziehungsweise – im Sinne des aristotelischen *krisis*-Begriffs – auf eine *katastrophé* hinauszulaufen. Zudem fordern sie die Politik nicht nur in der *politics*- und *policy*-Dimension, sondern betreffen allesamt – zumindest mittelbar – auch die *polity*-Dimension und drohen, grundlegende Nomen und Strukturen der europäischen Integration sowie einer liberal-demokratischen politischen Ordnung ins Wanken zu bringen. Im Sinne des Konzepts der politischen Differenz (vgl. Bedarf/Röttgers 2010; Marchart 2010) betreffen sie nicht nur *la politique* sondern auch *le politique*, so dass sie nicht nur eine Herausforderung für die institutionalisierte Politik sind, sondern das Fundament des Politischen selbst affizieren. Hierin unterscheiden sich die genannten Krisen von Regierungskrisen oder einfachen Verfassungskrisen, die sich im Rahmen politischer Systeme immer wieder ereignen – bisweilen gar intentional herbeigeführt werden – und in konsolidierten demo-

2 Vgl. zur Verwendung des Begriffs der „multiplen Krise“ Brand (2009, S. 1).

kratischen Staaten und Gesellschaften in aller Regel keine schwerwiegenden, systemdesintegrierenden Konsequenzen zeitigen.

Von den letztgenannten, recht üblichen Krisen unterscheiden sich die genannten europäischen Krisen zudem durch ihre längere zeitliche Dauer. Sie markieren nicht lediglich – um wieder mit Aristoteles zu sprechen – eine Zuspitzung vor plötzlichen *Glücksumschwüngen*. Diese multiplen Krisen bezeichnen keine Momente oder kurzen Entscheidungssituationen, sondern sind vielmehr als längerfristige Zustände zu begreifen. Dabei lässt sich aus der Gleichzeitigkeit und der Persistenz dieser Krisen ihre besondere Virulenz und Tragweite schließen, die offensichtlich auch durch eine längere Bearbeitungszeit nicht abgeschwächt werden können.

Da man nicht voreilig und inflationär, sondern nur begründet von Krisen sprechen sollte, gilt es also zu betonen, dass alle genannten Problembereiche einen ausgeprägten Krisencharakter aufweisen, da sie sowohl qualitativ als auch quantitativ das Maß üblicher (tages-) politischer Aufgaben und Probleme übersteigen. Trotz der Vielfältigkeit der durch die genannten Problemkomplexe betroffenen Politikfelder, ihrer fallweise vorhandenen, bisweilen aber auch nicht vorliegenden sachlichen Zusammenhänge und Interrelationen sowie schließlich der ungleichen Affizierung der EU-Staaten finden sich die genannten Problemkomplexe durch ihren Krisencharakter geeint. Wenngleich wir es mit thematisch und strukturell heterogenen Herausforderungen zu tun haben, sind sie in ihrer Krisenhaftigkeit und Gleichzeitigkeit doch miteinander verbunden und aufeinander bezogen.

2. Die multiple Krise als generalisierte Unsicherheitsmaschine

Wenngleich es aus einer schwerpunktmäßig technischen Governance-Perspektive (vgl. hierzu Vasilache 2009) dabei bleibt, dass die genannten Problemkomplexe nicht allesamt sachlich miteinander zusammenhängen, führt doch ihre gemeinsame Krisenhaftigkeit dazu, dass sie insbesondere als gleichzeitige Unsicherheitsproduzenten eng aneinander gekoppelt sind und nicht nur für sich genommen, sondern vor allem in ihrer Koinzidenz sicherheitsthematisch relevant sind.

Dabei handelt es sich bei den aktuellen europäischen Krisen keineswegs in jedem Fall um a priori sicherheitspolitische, vielmehr weisen sie sehr unterschiedliche Bezüge zum Feld der Sicherheitspolitik auf. So sind manche Krisenfelder, wie die Abwehr des transnationalen Terrorismus, schon in einem klassischen, engen Sicherheitsverständnis Teil der Sicherheitspolitik. Andere weisen gewichtige sicherheitspolitische Problemaspekte auf, wie die Krise der Nachbarschaftspolitik gegenüber Russland, oder haben mögliche sicherheitspolitische Konsequenzen, wie die Krise in den Beziehungen mit der Türkei. Bei

anderen Problemkomplexen lässt sich beobachten, dass sie auf der Grundlage eines weiteren Sicherheitsbegriffes sowie intensiver diskursiver Versicherheitlichung (vgl. Buzan/Wæver/de Wilde 1998) Gegenstand vornehmlich sicherheitspolitischer Thematisierung werden, wie im Falle der Flüchtlingsmigration und -aufnahme. Zugleich erfährt zum Beispiel die ökonomische Krise lediglich eine begrenzte, partielle Versicherheitlichung mit Blick auf mögliche Instabilitäten in südeuropäischen Staaten, während der drohende Austritt Großbritanniens aus der EU bislang kaum in sicherheitspolitischen Begriffen diskutiert wird. Unabhängig aber davon, ob man einen eher engen oder eher weiten Sicherheitsbegriff (vgl. hierzu Daase 2010) zugrunde legt und ob es sich aus der jeweiligen sicherheitsbegrifflichen Perspektive um Gegenstände der Sicherheitspolitik handelt, sind die multiplen Krisen Europas sicherheitsthematisch relevant, indem sie in unterschiedlichen Politikfeldern und auch im Hinblick auf wesentliche politische und gesellschaftliche Strukturen eine Situation generalisierter Unsicherheit produzieren.

Während Sicherheit meist gegenständlich, akteursbezogen, räumlich oder mit Blick auf die Art der Gefahr umrissen wird (vgl. auch das Schaubild von Daase 2010, S. 10 sowie für den Bereich der internationalen Sicherheitsstudien breit Buzan/Hansen 2009), wird Sicherheit doch selten systematisch-begrifflich definiert. Positive Bestimmungsversuche, was Sicherheit eigentlich sei, sind rar, aufgrund ihrer Inklusivität recht vage und als Konzepte stets umstritten (vgl. für Letzteres Smith 2005; vgl. für einen begrifflichen und begriffsgeschichtlichen Überblick Marciniak 2015, S. 22-42). Dies gilt meines Erachtens auch für Ansätze, die sich der beschriebenen materialen Bestimmung von Sicherheit entziehen, wie zum Beispiel für *gouvernementalitätstheoretische* Sicherheitsperspektiven (vgl. Bigo 2008; vgl. für einen aktuellen Überblick über die Literatur Vasilache 2014) oder den *Securitization-Ansatz* (Buzan/Wæver/de Wilde 1998), der das Verständnis von Sicherheit um die Berücksichtigung ihrer diskursiven Konstruktion bereichert hat. Gleichwohl kommen Studien zum Themenbereich der Sicherheit auch ohne eine vorgelagerte Definition von Sicherheit als Voraussetzung oder Referenzpunkt recht gut aus, da Sicherheit neben den bereits genannten materialen Annäherungen schwerpunktmäßig negativ, gleichsam über ihr Gegenteil bestimmt und operationalisiert werden kann (vgl. auch Marciniak 2015, S. 26). Freilich sind die Vorstellungen von dem, was Unsicherheit sei und daher abgewendet oder überwunden werden müsse, insgesamt vielfältig. Zugleich sind Zustände der Unsicherheit mit Blick auf konkrete Situationen in der Regel recht klar erkennbar.

So können neben unmittelbaren Gefahrenlagen (dabei variiert der Inhalt der Gefahr sowohl mit dem Gefährdungsobjekt als auch -objekt) sowie strukturellen Gefährdungszuständen, deren Risiko und Ausmaß bekannt ist, auch Situationen einer zunächst einmal nur möglichen Gefährdung zentraler Güter bei

gleichzeitiger Unkontrollierbarkeit der Situation sowie in der Folge Ungewissheit über ihren Ausgang als Unsicherheitszustände gelten. Die Ungewissheit über die Strukturen, Dynamiken, das genaue Ausmaß und die Risikopotentiale möglicher Gefahren sowie über ihre Eintrittswahrscheinlichkeit, Beherrschbarkeit sowie möglichen Konsequenzen schafft einen Zustand zwar diffuser, aber zugleich allgemeiner und anhaltender Verunsicherung und (Erwartungs-) Unsicherheit. Wenn existentielle wie (semi-) existentielle Güter zur Disposition stehen, impliziert ihre Gefährdung und potentielle Unverlässlichkeit (in Sinne von *unsafeness*) eine Situation der Unsicherheit (im Sinne von *insecurity*). Legt man nun dieses wenig voraussetzungsreiche Verständnis von Unsicherheit zugrunde, lassen sich meines Erachtens im Wesentlichen sechs miteinander verbundene Merkmale der multiplen europäischen Krisen identifizieren, die sie als Unsicherheitsgeneratoren ausweisen.

So sind *zum einen* der schiere Umfang und das Gewicht dieser Krisen sowohl in ihren jeweiligen Politikfeldern als auch politikfeldübergreifend sowie die Tragweite der mit ihnen verbundenen politischen und gesellschaftlichen Herausforderungen zu nennen.

Bei der Mehrzahl der genannten Krisen wird *zum zweiten* historisches und strukturelles Neuland betreten. Dabei zeichnen sich die Krisen durch eine Vielzahl und eine besondere Problemrelevanz von sowohl *known unknowns* als auch *unknown unknowns* (vgl. mit Blick auf die Terrorismusbekämpfung Daase/Kessler 2007) aus. Hierdurch fehlt es an strukturell oder erfahrungsmäßig vorgegebenen Lösungswegen. Mit den, metaphorisch formuliert, Regeln des Spiels sind auch die möglichen Ergebnisse offen – während sich zudem die Spielregeln im Verlauf des Spiels ändern können. Kurzum: Die multiplen Krisen Europas skizzieren und schaffen eine Situation der unbekanntes und damit unkontrollierbaren Offenheit, in der, wenn nicht *alles*, so doch *zu viel* möglich zu sein scheint.

Aus den beiden erstgenannten Punkten ergibt sich *zum dritten*, dass im Falle des Scheiterns, das heißt der Nichtbeherrschung beziehungsweise einer nicht glückenden Überwindung der Krisen nicht kalkulierbare und unabsehbare – aber gleichwohl potentiell enorm hohe – Schäden und Kosten (ökonomische, politische, kulturelle, etc.) zu entstehen drohen.

Sowohl aus den drei soeben angeführten Aspekten als auch aus der Beobachtung bisheriger Krisenpolitik in Europa resultiert *zum vierten*, dass es fraglich ist, ob die beteiligten politischen Akteure mit der Krisenbewältigung nicht politisch wie technisch überfordert sind. Momentan scheinen jedenfalls sowohl der politische Wille zu fehlen als auch die politischen Fähigkeiten zweifelhaft zu sein, die zu erfolgreicher Krisenbewältigung notwendig wären.

Zugleich folgt schon aus dem Krisencharakter der genannten Problemkomplexe *zum fünften* eine besondere politische wie zeitliche Dringlichkeit der Kri-

senantwort und -bewältigung. Ihre Bearbeitung und Bewältigung muss als prioritär gelten und duldet keinen zeitlichen Aufschub. Dabei aber nimmt die zeitliche Dehnung der Krisen, das heißt der Umstand, dass es sich um Dauerkrisen – beziehungsweise genauer: *low-intensity crisis* mit wiederkehrenden und in ihrer Stärke zunehmenden Ausschlägen – handelt, den genannten Problemlagen nichts von ihrer Dringlichkeit.

Schließlich handelt es sich *zum sechsten* bei den genannten Krisen in jenem Sinne um Herausforderungen negativer, regressiver Art, als es allein um die Beherrschung bedrohlicher Situationen und die Abwendung möglichen Unheils geht. So implizieren die aktuellen Krisen keine positiven Projektionen des politischen Aufbruchs und keine progressiven Verbesserungsinitiativen. Vielmehr gebietet die Situation die Eindämmung der Krisen und bestenfalls die Wiederherstellung des status quo ante. Die Krisen bergen keine Politik der positiven Zukunftsprojekte, sondern begrenzen alle Hoffnung auf die Abwehr negativer Konsequenzen. Es gilt nicht, etwas Besseres zu schaffen, sondern nur, Schlimmeres zu verhindern. Den potentiell hohen Kosten der Krisenbewältigung stehen noch höhere Kosten im Falle des Scheiterns der Krisenpolitik, aber kein absoluter *reward* gegenüber.

Zusammenfassend lässt sich feststellen, dass es sich bei den multiplen Krisen Europas um Herausforderungen von besonderer Komplexität, Größe und Tragweite handelt, zu denen nur unzureichendes Wissen und ein hohes Maß an Ungewissheit – über Strukturen, Prozesse, Akteure und Dynamiken, über ihre Lösbarkeit überhaupt und über mögliche Varianten ihres Ausgangs – vorliegt, während die möglichen Konsequenzen und Schäden unabsehbar, aber potentiell enorm sind. Zugleich sind die Krisen allesamt drängend und dringlich, wobei die politischen Anstrengungen zur Krisenbewältigung sich bestenfalls in dem Versprechen der Schadensbegrenzung erschöpfen können. So zeichnen sich die Krisen Europas nicht zuletzt durch die Herstellung einer Situation andauernder und generalisierter materieller Unsicherheit und perzeptiver Verunsicherung aus. Dies trifft schließlich erst recht und umso mehr angesichts ihres Zusammenfallens und ihrer Gleichzeitigkeit zu. Die multiplen Krisen Europas wirken – neben ihren jeweils spezifischen Implikationen – insbesondere zusammengenommen als gigantische Unsicherheitsmaschine. Sie sind hierin geeint und aneinander gekoppelt.

Die aktuellen europäischen Krisen können dabei in jenem Sinne als eine generalisierte, allgemeine Unsicherheitsmaschine gelten, als die durch sie erzeugte Situation der Unsicherheit unspezifisch und breit ist und letztlich so gut wie kein Politikfeld ausnimmt. Die allgemeine Unsicherheitsgenerierung durch die koinzidierenden Krisen betrifft sowohl zahlreiche Politikbereiche als auch politische Grundstrukturen, denen die ihnen bisher zugeschriebene Stabilität und Verlässlichkeit abhandenkommt. So stehen, um einige Beispiele zu nennen,

in der ökonomischen Krise der Bestand der Währung und des Untergangs ganzer Volkswirtschaften auf dem Spiel, während im Krisenagglomerat um den Terrorismus, die Migration, die gesellschaftlichen Spaltungen und Ressentimentpolitiken wesentliche Merkmale liberal-demokratischer Ordnungsmuster affiziert werden. Schließlich ist mit dem Krieg in der Ostukraine sowie den auch militärischen Rhetoriken in den europäisch-russischen Beziehungen eine seit dem Ende des Ost-West-Konflikts qualitativ unbekannte militärische Anspannung beziehungsweise Angespanntheit eingezogen. Kurzum: Die multiplen europäischen Krisen betreffen weniger konkrete Politikfelder speziell, als vielmehr (fast) alle zugleich und dabei jeweils in ihren konstitutiven Strukturmerkmalen. Als Unsicherheitsgeneratoren sind sie diffus und allgemein, wobei sie Strukturen und Bereiche des bislang Voraussetzbaren affizieren, einschränken und gleichsam in der Schwebe halten.

Für ihre unsicherheitsstiftende Wirksamkeit ist es zunächst einmal unerheblich, ob es sich bei den jeweiligen Krisen um strukturell und historisch neuartige sowie in ihrem Umfang und ihren Konsequenzen schwer kalkulierbare Herausforderungen handelt, wie dies beim Brexit der Fall ist, oder um Aufgaben, deren Bearbeitung bei vorhandenem politischen Willen ein Leichtes wäre, wie dies bei der Fluchtmigration unter Bedingungen der Verteilung auf alle EU-Staaten der Fall wäre. An der sogenannten Flüchtlingskrise wird offenkundig, dass die breite Wahrnehmung und diskursive Repräsentation eines Phänomens als Krise hinreichend ist, um eine krisenhafte Unsicherheitsproduktion zu entfalten. Insbesondere mit Blick auf den aktuellen Zuspruch rechtspopulistischer und -radikaler Parteien und Bewegungen sowie sogenannter *besorgter Bürger/innen* zeigt sich, dass die diffuse Angst vor einem vermeintlichen *Untergang des Abendlandes* durch die Flüchtlingsmigration schon hinreichend ist, damit diese Akteur/innen durch die Bekämpfung des liberal-demokratischen und pluralistischen Wertekanons just an diesem Untergang zu arbeiten beginnen.

Selbst wenn die Unsicherheitsgenerierung ein Merkmal auch jener Krisen ist, die nicht per se als sicherheitspolitische zu klassifizieren und zu bearbeiten sind, wirken die sicherheitspolitisch einschlägigen Krisen doch zugleich als Unsicherheitsverstärker. So wird die krisenbedingte Unsicherheitsproduktion durch die in einem engen Sinne sicherheitspolitisch relevanten Krisen konkretisiert und weiter intensiviert. Dies ist aktuell insbesondere im Hinblick auf den transnationalen Terrorismus festzustellen, dessen Beitrag zur Unsicherheitsprävalenz gewichtig ist – und mit seiner qualitativ zunehmenden Privatisierung, gleichsam seiner aktuellen hyperprivaten Form noch zunimmt. Die Charakterisierung als hyperprivat bezeichnet dabei die aktuelle Tendenz, dass einerseits terroristische Täter nicht mehr zwingend ausgebildete und entsandte Kämpfer, sondern zunehmend individuell agierende Einzelpersonen sind, deren Gemeinsamkeit vor allem in einer labilen und gewaltaffinen psychologischen Dispositi-

on zu bestehen scheint, und dass andererseits die Anschlagziele nicht zwingend repräsentative oder symbolisch aufgeladene Objekte, sondern zunehmend zufällig ausgewählte Einzelpersonen sind. Während zum Beispiel ein Anschlag einer terroristischen Organisation auf ein Flugzeug zwar aus einer (staats-) rechtlichen Perspektive privat ist, da weder Täter noch Ziel staatliche Akteure sind, findet durch die aktuelle Form der Anschläge von unorganisierten Einzelpersonen auf beispielsweise individuelle Passagiere in einem Regionalzug eine qualitativ fortschreitende Privatisierung des Terrorismus statt, so dass nun auch in einem soziologischen Sinne von Privatheit gesprochen werden kann – wenn nicht sogar in einem psychologischen Sinne eine zunehmende *Intimität* des Terrorismus festzustellen ist, und zwar durchaus in der doppelten Bedeutung von *intimacy* (Nähe) und *intimidation* (Einschüchterung).

3. Bändigung der Unsicherheitsmaschine

Aus einer makroskopischen Betrachtung sind schwerlich konkrete Konsequenzen abzuleiten. Daher muss es sich bei den folgenden, tentativen Überlegungen für den konzeptionell-politischen Umgang mit der krisenhaften Unsicherheit um recht allgemeine Vorschläge handeln. Dabei zielen die sechs im Folgenden skizzierten Ansatzpunkte im Wesentlichen auf Strategien einer sicherheitspolitisch und -perzeptiv wirksamen Komplexitätsreduktion ab, die nicht zuletzt aufgrund der oben genannten Krisencharakteristika geboten zu sein scheint.

So ist *zum einen* der allgemeine Schluss zu ziehen, die multiplen Krisen Europas nicht zuletzt in ihrer generalisierten Unsicherheits- und Verunsicherungsproduktion anzuerkennen, ernst zu nehmen und daher die (Un-) Sicherheitsdimension und -symptomatik unmittelbar anzugehen. Dies hat, notabene, nichts mit jenen Rhetoriken zu tun, in denen die ‚Sorgen der Menschen ernst genommen‘, ‚die Menschen abgeholt‘ beziehungsweise ‚mitgenommen werden‘ oder ‚ihnen zugehört wird‘ – und die in ihrer Infantilisierung freilich publikumsbeschimpfend sind (wengleich mit Blick auf die vermeintlich *besorgten Bürger/innen* wohl zu Recht). Denn die (Un-) Sicherheitsimplikationen der Krisen sind – mit Ausnahme der sogenannten Flüchtlingskrise – keine alleine oder vornehmlich perzeptiven. Vielmehr bestehen sie in der materialen Produktion von Unsicherheit, das heißt einer Situation, in der der Bestand zentraler politischer und gesellschaftlicher Güter bedroht ist sowie wesentliche Grundstrukturen zur Disposition stehen. In den multiplen Krisen Europas werden die Bedrohungs-, Verwundbarkeits- und Risikobereiche sowie -potentiale materiell und perzeptiv vervielfältigt, während die Koinzidenz und die partielle Interrelation zwischen den multiplen Krisen ihre Unsicherheitsimplikationen intensivieren. Als generalisierte Unsicherheitsproduzenten betreffen die Krisen die sach-

liche wie die perzeptive Ebene zugleich, die wiederum in reziproker Weise aufeinander bezogen sind.

Eine Krisenpolitik, die der Unsicherheitsproduktion und -diffusion Einhalt gebieten wollte, müsste sich *zum zweiten* darauf besinnen, dass im politischen wie im gesellschaftlichen Bereich eben „nicht *alles* geschehen“ (Bauman 2005, S. 47, Herv. dort) darf und sich in diesem Sinne prioritär – und gegebenenfalls um den Preis möglicher *best-case scenarios* – um die schnellstmögliche Beschränkung der Wirkungs- und Ausgangsmöglichkeiten der multiplen Krisen auf ihre nicht-katastrophalen, nicht-desintegrativen Szenarien bemühen. Den Krisen ihre Spitzen zu nehmen und sie (bestenfalls) auf das Maß und die Virulenz beherrschbarer Aufgaben zu reduzieren, wäre dabei sowohl im Sinne der Reduktion ihrer Unsicherheitsgenerierung notwendig als auch mit Blick auf die praktische Bearbeitbarkeit und Lösung der vielfältigen Probleme geboten.

Hierzu würde *zum dritten* gehören, rote Linien einzuziehen, die bestimmte Güter und Strukturen als (semi-) existentielle garantieren und damit die möglichen Ausgangsszenarios der Krisen beschränken. Beispielsweise wäre mit Blick auf den Bereich der ökonomischen Krise sicherzustellen, dass der Wettbewerb zwischen den europäischen Volkswirtschaften – anders als in Griechenland geschehen – in keinem Fall den Zusammenbruch von Krankenversorgungssystemen nach sich zieht. Hinsichtlich der Terrorismusbekämpfung könnte eine solche Politik in der bedingungslosen Gewährleistung des Fortbestands freierstaatlicher Rechtsstaatlichkeit bestehen, anstatt sie durch fortwährende Einschränkungen von Grund- und Bürgerrechten im Rahmen der Krisenpolitik selbst zur Disposition zu stellen, wie dies aktuell besonders im französischen *état d'urgence* zutage tritt.

Zur Adressierung und Abschwächung der generalisierten Unsicherheitsproduktion scheint *zum vierten* weiterhin die sachliche Entkopplung, aber partiell auch Neu-Kopplung der Krisenkomplexe geboten. Beispielhaft wäre hier die Notwendigkeit zu nennen, die Migrations- und Flüchtlingsthematik nicht mehr vornehmlich in Begriffen der Sicherheit und der Terrorismusabwehr zu verhandeln und sie damit diskursiv wie institutionell konsequent von der terroristischen Herausforderung zu entkoppeln. Zugleich scheinen allerdings die Krisenphänomenologien der Uneinigkeit Europas sowie der in zahlreichen europäischen Staaten zu beobachtenden gesellschaftlichen Spaltungsdynamiken vor allem in ihrem Zusammenhang und ihrer Kopplung angegangen werden zu müssen.

Damit unmittelbar verbunden wären *zum fünften* gezielte Politiken und Strategien der Entsicherlichung (wo immer möglich) und der Versicherlichung (wo immer nötig) der einzelnen Krisen, so dass klar zwischen sicherheitspolitischen und nicht-sicherheitspolitischen Problembereichen unterschieden werden würde. Dies wäre nicht nur ein Beitrag zur weiteren Komplexitäts-

reduktion, sondern würde sowohl eine (auch ressourcenbündelnde) Fokussierung von Sicherheitsfragen erlauben als auch andere Fragestellungen und Herausforderungen der tendenziell exzeptionellen und alarmistischen Maßnahmenlogik der Sicherheitspolitik entziehen.

Eine solche ent- und versicherheitlichende Differenzierungsabsicht und -bereitschaft müsste *zum sechsten* auch mit Müncklers Hinweis verbunden werden, wonach in „Welten der Sicherheit“ auch die Herausbildung von „Kulturen des Risikos“ (2010) notwendig sei. Man könnte zwar einwenden, dass Müncklers Forderung auf der Makro-Ebene der Krisenpolitik und damit in unserem Zusammenhang nicht anwendbar sei, da die hier diskutierten Krisen sich sowohl aufgrund ihrer Komplexität und Tragweite als auch aufgrund ihrer Kontingenz und ihres Ereignischarakters der für Risikorationalitäten charakteristischen Berechenbarkeit und Abwägbarkeit entziehen. Und in der Tat sind weder der Brexit noch die Staatsschuldenkrise oder der transnationale Terrorismus integral als Risiken adressierbar. In ihrer Gesamtheit sind sie keine Fragen der Risikoabwägung, bei denen man sich nach rationaler Analyse bewusst entscheiden könnte, sie einzugehen oder nicht einzugehen. Dies schließt allerdings keineswegs aus, dass innerhalb der konkreten Bearbeitung der Krisenphänomene, ihrer Aspekte, Teilbereiche und Symptome auch Kosten-Nutzen-Abwägungen sowie Risikoberechnungen und -abwägungen³ eine wichtige Rolle spielen, die dabei auf spezifischen Risikokulturen basieren, die wandlungsfähig und veränderbar sind.

Die sechs hier kurz aufgezählten Ansatzpunkte spiegeln insgesamt wider, dass die gezielte Bearbeitung und Abschwächung der generalisierten Unsicherheitswirkung der multiplen europäischen Krisen direkt an den oben ausgeführten Krisencharakteristika und ihren (Un-) Sicherheitsmerkmalen anzusetzen hätte. Während im Sinne der Komplexitätsreduktion dabei auch die Ent- beziehungsweise Neuverkoppelung der Krisenbereiche und ebenfalls Strategien ihrer jeweiligen Ent- und Versicherheitlichung geboten zu sein scheinen, gilt es allerdings zunächst einmal wahrzunehmen und anzuerkennen, dass die multiplen europäischen Krisen nicht zuletzt als gigantische und generalisierte Unsicherheitsmaschinerie wirken. Neben den vielfältigen politikfeldspezifischen Aufgaben und Herausforderungen der europäischen Krisen sollte daher auch die ihnen gemeinsame Unsicherheitssymptomatik als eigenständiges Problem ernst genommen und daher auch unmittelbar und integral adressiert werden.

3 Für den Versuch der Regierbarmachung des transnationalen Terrorismus durch Rationalitäten des Risikos vgl. Aradau/Van Munster (2007).